

Antrag

der Abgeordneten Günther Friedrich Nolting, Hildebrecht Braun (Augsburg), Jörg van Essen, Dirk Niebel, Ina Albowitz, Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Dr. Karlheinz Gutmacher, Klaus Haupt, Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Heinrich, Birgit Homburger, Dr. Werner Hoyer, Ulrich Irmer, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Ina Lenke, Detlef Parr, Cornelia Pieper, Dr. Edzard Schmidt-Jortzig, Gerhard Schüßler, Dr. Irmgard Schwaetzer, Marita Sehn, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Einsatzdauer von Soldaten bei Friedensmissionen verkürzen – Rahmenbedingungen verbessern

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Seit sechs Jahren leisten Soldaten der Bundeswehr Friedensdienst auf dem Balkan, in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo und in Mazedonien. Sie erfüllen vorbildlich ihre Pflicht. Trotz zum Teil äußerst erschwerter Bedingungen und außergewöhnlich hoher physischer und psychischer Belastung erbringen sie beispielhafte Leistungen und tragen dadurch erheblich zum positiven Ansehen der Bundesrepublik Deutschland bei.

Bei allen Friedenseinsätzen, wie komplex und lang andauernd sie auch sein mögen, muss das Wohl der Soldaten absoluten Vorrang vor organisatorischen Fragen haben. Der Mensch hat im Mittelpunkt zu stehen, gerade bei Einsatzaufträgen. Die Gesundheit und das Wohl der Soldaten und ihrer Familien sind ein hohes Gut, das nicht wegen möglicher organisatorischer oder struktureller Probleme aufgegeben oder eingeschränkt werden darf.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Einsatzdauer der Bundeswehrsoldaten bei humanitären und Friedensmissionen grundsätzlich auf 4 Monate zu begrenzen,
2. Bundeswehrsoldaten grundsätzlich nur einmal innerhalb von 2 Jahren zu Auslandseinsätzen heranzuziehen,
3. bei ausnahmsweise länger als vier Monate dauernden Auslandseinsätzen den betroffenen Soldaten pro Quartal einen einwöchigen Heimaturlaub unter Nutzung ziviler Fluglinien zu ermöglichen.

Berlin, den 17. Oktober 2001

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

